

Für Saibach:

Ganzjährig	8 fl. 40 fr.
Halbjährig	4 " 20 "
Vierteljährig	2 " 10 "
Monatlich	— " 70 "

Mit der Post:

Ganzjährig	12 fl.
Halbjährig	6 "
Vierteljährig	3 "

Für Zustellung ins Haus viertelj. 25 fr., monat. 9 fr.

Einzelne Nummern 6 fr.

Tagblatt.

Congressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von Jg. v. Kleinmahr & Fed. Bamberg.)

Für die einspaltige Zeile à 4 fr., bei wiederholter Einschaltung à 3 fr. Anzeigen bis 5 Zeilen

Bei größeren Inseraten öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt. Für complicirten Satz besondere Vergütung.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Zur Budgetdebatte.

Die Bedeutung der diesjährigen Budgetdebatte hat sowohl durch die ungewöhnliche Dauer der Generaldebatte, als auch durch die große Zahl der Redner, die sich daran betheiligten, prägnanten Ausdruck erhalten. Vier lange und ermüdende Sitzungen wurden ihr eingeräumt und sechsundzwanzig Redner haben darin das Wort ergriffen, während eine Anzahl, die sich dazu gemeldet, schließlich darauf verzichteten. Die Gegner des Ministeriums und der Verfassungspartei glauben jedesmal in der Feststellung des Staatsvoranschlags die Gelegenheit vom Zaune brechen zu müssen, um allerhand Klagen und Beschwerden, sei es ihrer Partei im ganzen, sei es einer Fraction, sei es endlich eines engeren Wählerkreises, mehr zum Fenster hinaus als an die anwesenden Deputirten zu richten; sie betrachten dies alljährlich als erwünschtesten Anlaß, um an dem herrschenden Regierungssystem ein bißchen ihr Mithgehen zu kühlen, schneidende Kritik zu üben, daselbe einzig und allein für die herrschenden Nothstände und Bedrängnisse verantwortlich zu machen.

Aber auch die Freunde der Regierung haben vieles auf dem Herzen gegen das Ministerium, das aus ihrer Mitte hervorgegangen, das aber nur zu häufig seinen Ursprung vergißt und den nothwendigen Zusammenhang und Contact mit den Parteien verloren verliert. Es hat sich daher bei uns förmlich die Gepflogenheit eingebürgert, daß die Volksvertreter sich ihrer Wünsche und Beschwerden gegenüber der Regierung bei Gelegenheit der Budgetdebatte entledigen, während in anderen Parlamenten solches gemeiniglich bei der Adressdebatte geschieht.

Daß bei solcher Bewandnis der Sache viel Unehöriges sich in die Debatte mengt, legt ihre finanziellen Charakter häufig ganz einbüßt und zu einem politischen und staatsrechtlichen Wortgezwang wird; daß die Berathung des eigentlichen Themas, der Finanzlage des Reiches und deren Verbesserung und gedeihliche Gestaltung darunter empfindlich leidet, liegt auf der Hand.

Die ganze Schuld an diesem Uebelstande trägt die staatsrechtliche Opposition, die ihren föderalistischen Schreulichen keinen Augenblick Schweigen gebieten kann, selbst in dem wichtigen Momente nicht, wo es angesichts der dringenden finanziellen Fragen, welche gleichmäßig alle Parteien des Reiches und alle Bevölkerungsklassen angehen, schon vom gemeinsten patriotischen, wenn schon nicht vom politischen Anstandesgefühl geboten wäre, den staatsrechtlichen Hader ruhen zu lassen und alle Anstrengungen der Nothlage des Reiches zu widmen. Betrachtet man sich die Oppositionsredner bei der diesjährigen Generaldebatte über den Staatshaushalt der Reihe nach, die Hermann, Prajak, Dunajewski, Czartoryski, Delz, Bošnjak, Cienciala, Zallinger, Klais, Kujb, Pflügl u. s. w., die alle, den Polen Dunajewski allein ausgenommen, der zur Sache gesprochen, das politische Gebiet betreten, den föderalistischen Paradegeaul tummelten oder gar ihren ultramontanen Schmerzen Luft machten, so kommt man unwillkürlich zu der Ueberzeugung, daß es ihnen rein um die Schürung des staatsrechtlichen Haders und nicht um Besserung der wirtschaftlichen Zustände zu thun, daß sie von staatsfinanziellen Fragen keinen blauen Dunst haben und gerade, weil sie keinerlei finanzielle und volkswirtschaftliche Vor-

schläge zu machen haben, sich tapfer auf die vertrackte staatsrechtliche Phrasendrescherei verlegen.

Während in allen Parlamenten der Welt der Staat und seine Verfassung als das Unverleßliche, als des unerschütterlichen Vertrauens Würdige, als die feste Burg betrachtet wird, die alle schützt, die niemals fallen kann; während die jeweilige Opposition anderswo wol die Verhältnisse, die Ereignisse, vielleicht auch die Maximen und Maßregeln der Regierungsmänner einer Kritik unterzieht, die Urheber von Misständen, die sich eines Verschuldens schuldig gemacht, denen es an Willen und Kraft fehlte, rechtzeitig dem Uebel entgegenzutreten, zur Verantwortung zieht, wird bei uns Staat und Verfassung in Bausch und Bogen verdammt, aber keiner der föderalistischen oder ultramontanen Phrasendrescher hat auch nur eine blaße Idee, was an deren Stelle gesetzt werden soll. Man wird doch wol nicht im Ernste siebzehn Parlamente mit siebzehn verantwortlichen Ministerien, wie es die Fundamentalweisheit der Staatsrechtler will, als die Panacee unseres finanziellen Elendes ansehen. Eine andere Eigenheit unserer Parlamentarier auch von der linken Seite ist es, daß fast jeder Redner sich den Kopf des Finanzministers zerbricht, wie das Deficit im Staatshaushalte zu bedecken sei. Dafür zu sorgen, ist in allen Verfassungsstaaten sonst Aufgabe des Schatzkanzlers; Aufgabe des Parlamentes sollte es dagegen sein, zu untersuchen, ob die Minister alles gethan, um dem Abgang im Haushalte des Reiches rechtzeitig zu begegnen, ob es denn nicht möglich gewesen, das Gleichgewicht zu bewahren.

Doch wir würden mit den Absonderlichkeiten, die unser junger Parlamentarismus vorzüglich bei

Feuilleton.

Das Leben des Sultans.

Der „Economiste Français“, eine von Herrn Paul Leroy-Beaulieu trefflich geleitete volkswirtschaftliche Wochenschrift, veröffentlicht in seinen letzten Nummern eine eingehende Studie über die Türkei, ihre politische und materielle Lage. Der Verfasser, Herr Eschbach, kommt dabei immer wieder auf die Allgewalt des Sultans zu sprechen und hält es daher für angemessen, dieser von einem überirdischen Nimbus umgebenen Persönlichkeit etwas näher zu treten.

Die Gewalt des Sultans, sagt Herr Eschbach, ist eine absolute; frei von jeder Controle und Verantwortlichkeit, ist sie weder durch beratende Versammlungen noch durch die Pflicht, irgend wem Rechenschaft zu legen oder irgend wessen Ansicht einzuholen, eingeschränkt. Der Sultan vereinigt in seiner Hand die gesetzgebende, die richterliche und die vollstreckende Gewalt. Der Muselman sagt:

„Der Sultan ist der Schatten Gottes auf Erden“ oder auch: „Ein Befehl des Sultans ist das Gesetz selbst“. Die äußern Zeichen, mit welchen das Volk und die Großen ihre Ehrfurcht vor dem Sultan zu erkennen geben, entsprechen dieser Allgewalt. Er empfängt höchstens die durch Konstantinopel reisenden Mitglieder regierender Familien, die Botschafter, den Großvezier, den Scheich-ul-Islam und in langen Zwischenräumen einige Minister oder Provinzgouverneure. Die Türken, welche zu ihm Zutritt erhalten, nähern sich ihm nur zitternd; meistens müssen sie mehrere Stunden warten, ehe sie vorgelassen werden. Sobald sie die Schwelle des Zimmers, in welchem sich der Sultan befindet, überschritten haben, bleiben sie dicht an der Wand mit weit vorgebeugtem Körper, die Hände über dem Leibe gekreuzt, in demüthigster Stellung oder richtiger ganz niedergedrückt stehen. Man soll dem Sultan nicht ins Angesicht blicken; höchstens wagt der Gast, wenn der Sultan das Wort an ihn richtet, einen verstoßenen und flehenden Blick auf den Herrscher. Auf jede seiner Aeußerungen antwortet man mit einem Asemena, das heißt mit einem türkischen

Grüße, indem man nemlich die rechte Hand an die Lippen und an die Stirne führt. Je tiefer die Hand sich neigt, ehe sie sich zu den Lippen erhebt, desto ehrfurchtsvoller ist der Gruß. Vor dem Sultan sinkt sie bis zum Boden herab. Man darf sich nicht vor ihm setzen. Davon gibt es nur eine Ausnahme: wenn nemlich der Sultan einen fremden Souverän oder Prinzen zu Tische ladet, dann sind auch die Minister zugezogen und müssen sich nothgedrungen zum Essen setzen; aber auch dann thun sie es so wenig wie möglich und halten sich ängstlich am Rande ihres Sessels. Wenn der Sultan öffentlich erscheint, so grüßt er nicht das Volk und das Volk darf ihm auch nicht zuzurufen. Ein jeder nimmt auf seinem Wege die eben beschriebene Stellung ein. Man erhält erst einen richtigen Begriff von der absoluten Gewalt und ihren Folgen, wenn man diesen Mann allmächtig und mit geringschätziger Miene durch die schweigende Menge, deren schmutzige Gewänder und düstere Blicke ein resignirtes Elend verkünden, reiten sieht.

(Schluß folgt.)

Gelegenheit der Budget-Debatte bietet, nicht fertig, wollten wir alle gebührend kennzeichnen. Wenden wir uns lieber zur Charakterisierung der Hauptmomente der Debatte selbst. Der erste verfassungstreuere Redner Dr. Klepsch erging sich in Bemerkungen, die nur in sehr entferntem Zusammenhange mit dem eigentlichen Gegenstande der Tagesordnung standen. Nicht unbegründet ist jedoch der Tadel, den er gegen die Regierung aussprach, die aus übertriebener Scheu vor Conflicten mit der clericalen Partei den freiheitlichen Ausbau der Verfassung vernachlässigt, und jede entschiedene Action ablehnt. Mit dem Protest gegen den Dualismus in seiner heutigen Gestalt berührt Dr. Klepsch eine Frage, die durch die neueste Haltung Ungarns in der Zoll- und Handelsfrage eine brennende geworden. Die dualistische Staatsform ist nemlich der eigentliche Quell unserer mislichen Finanzlage, sie begünstigt die fortwährende Steigerung des Heeresaufwandes, indem es der diesseitigen Delegation gegenüber den chauvinistischen Gelüsten der Magyaren, von denen auch unsere Polen nicht frei sind, sowie den Forderungen der Kriegsverwaltung gegenüber an der nöthigen Kraft und Einmüthigkeit gebricht, zu geschweigen, daß durch den Ausgleich der größere Theil des gesteigerten Heeresaufwandes auf unsere Schultern gewälzt wurde. Die Rede des Dr. Klepsch, die dieser Ueberzeugung beredten Ausdruck verlieh, möge jenseits der Leitha als Symptom jener Strömung betrachtet werden, daß wir uns keine weiteren ungerechten Forderungen unserer dreißigprozentigen Reichsgenossen mehr gefallen lassen werden.

Ausschließlich mit dem vorliegenden Berathungsgegenstande, dem Budget und den Staatsfinanzen, beschäftigt sich der nächste Redner, der Abgeordnete der Egerer Handelskammer, Dr. von Plener. Derselbe ließ eine stattliche Zifferncolonne um die andere aufmarschieren und mühte sich gründlichst ab, dem Finanzminister durch allerhand Rechenkünste eine möglichst ungünstige Finanzlage des Reiches herauszucalculieren und das Exposé desselben als ein unrichtiges darzustellen. Auch verfehlt Herr v. Plener nicht, seine Ideen über die Finanzreform zum Besten zu geben, so daß es fast den Anschein gewann, als nähre der Vertreter der Egerer Handelskammer ehrgeizige Pläne. Jedoch sein Geheimmittel: Belassung aller gegenwärtigen Steuern und Einführung einer allgemeinen Personal-Einkommensteuer, schien das Haus ziemlich kalt zu lassen, wol im Bewußtsein, daß die Bevölkerung, die unter der Last der Steuern ohnehin schon erdrückt wird, der Volksvertretung sicher wenig Dank wissen würde, wollte sie im Sinne Pleners der Finanzlage abzuhelfen suchen.

Der clericale Urslovene Hermann sprach in gewohnter zerfahrener Weise über alles und jedes, fabelte davon, daß die Bevölkerung der Eröffnung des Reichsrathes immer mit Misträuen entgegenstehe, ließ eine Philippika gegen den „centralisirten Staat“ los, der die Länderrechte beseitigt, schimpfte über die „Wiener Verfassung“, was ihm eine Unterbrechung seitens des Präsidenten eintrug, der den ultramontanen Krakehler belehrte, daß unsere Verfassung keine „Wiener Verfassung“ sei, sondern eine österreichische, die von den Vertretern der Königreiche und Länder beschlossen und von Sr. Majestät dem Kaiser sanctioniert sei.

(Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Laibach, 10. Dezember.

Inland. Bei der Fortsetzung der Budgetdebatte am Dienstag warf Klene der Regierung und dem Ausschusse die Nichtberücksichtigung der wirtschaftlichen Lage vor und verwies auf die Kosten der Grenzüberwachung. Klene rieth Beschränkung der Ausgaben an, wies die Steuererhöhung zurück und warnte vor allen unbedeckten Staatsausgaben. Fürst Czartoryski meinte, die Regierungspolitik sei an der Finanzlage schuld. Abgeordneter Fuchs wünscht den Abschluß eines Handels-

vertrages mit Ungarn, Vošnjak kritisiert die Maßregeln der Regierung, Menger widerlegt die Vorwürfe, daß Galizien vernachlässigt werde und plaidiert energisch für den Schutzzol. Nach einer Rede des Abgeordneten Cienciala wird die Debatte unterbrochen, um am Abende wieder aufgenommen zu werden. In der Abend Sitzung wurde abermals eine Reihe von Reden abgehört. Herr Zallinger aus Tirol, Gesinnungsgenosse und würdiger Nachfolger des Herrn Giobanelli, machte das offene Geständnis, daß er von dem Sage „salus reipublicae suprema lex esto“ nichts wissen wolle, daß er es vielmehr tyrannisch finde, wenn man die heiligsten Güter dem Staatszwecke unterordnen wolle. Den Schluß der Generaldebatte bildete um Mitternacht die Rede des Finanzministers. Herr v. Pretis sprach sehr entschieden, daß er den düsteren Darstellungen der Finanzlage des Staates und der wirtschaftlichen Zustände überhaupt den Satz entgegenstelle: Es war besser als heute, es war auch schon schlechter, und es wird bald wieder besser werden. Es fehlte nur noch, daß das ganze Abgeordnetenhaus Amen! gerufen hätte.

Herr v. Stremayr hat allen Grund, mit der Unterrichtscommission des Herrenhauses unzufrieden zu sein. Während der Unterrichtsminister der Ansicht Ausdruck gab, die Erlassung eines Schulaufsichtsgesetzes sei weder nothwendig noch opportun, erkennt es die Commission für dringend nothwendig, der Schul-Misère in Tirol durch das vom Abg. Dr. Wildauer angeregte Reichsgesetz ein Ende zu machen.

Dem „Pester Lloyd“ wird berichtet, daß die Verhandlungen betreffs Durchführung des Religionsfonds-Steuergesetzes in allen österreichischen Diöcesen nahezu vollendet seien und daß die vom Unterrichtsminister zugesagte Einbringung des Boranschlages dieser Steuer nach dem Schlusse der Weihnachts-Ferien des Reichsrathes in Aussicht stehe. Der bei der Verhandlung über jenes Gesetz präliminierte Ertrag der Steuer in der Höhe von einer Million wird nicht erreicht werden; die factischen Ergebnisse werden gegen diese Summen um circa 200,000 Gulden zurückbleiben. Gleichzeitig mit dieser Vorlage wird die Regierung einen Gesetzentwurf zur Aufbesserung der Congrua des Curatlerus auf Grund der vom gesammten Episcopate abgegebenen Gutachten dem Hause vorlegen. Die Ergebnisse der Religionsfondssteuer finden für den letzteren Zweck Verwendung.

Im ungarischen Abgeordneten-hause hatte Max Uermenhi den Muth, dem Idol der Magyaren, der Honved-Armee, zu Leibe zu gehen. Selbstredend fielen Dealisten und Linke mit dem Wuthgeschrei: „Steinigt ihn!“ über Uermenhi her, und Koloman Tisza benützte die Gelegenheit, sich durch chauvinistische Expectorationen wieder einen Stein im Breite zu erwerben bei seinen einstigen Gesinnungsgenossen, denen er längst der Ueberläuferei verdächtig ist. Die Honveds seien eine der theuersten und unantastbarsten Institutionen des Landes, sagte er; theuer sind die Puppen allerdings, aber was thut's: Szell hat soeben wieder einen großen Bump angelegt und Ungarn kann wieder auf großem Fuße leben — bis zum Banterott.

Ausland. Was das Geschick der Strafrechtsnovelle betrifft, so vermag die „Bosnische Zeitung“ noch nicht zu übersehen, wie der Plan der Vorberathung von 15 Paragraphen in der Commission und von 53 Paragraphen im Plenum gut durchgeführt werden soll. Indessen steht es schon heute außer Zweifel, daß der Armin-Paragraph, welcher nach der Generaldebatte als „unannehmbar“ der Plenarberathung zugewiesen wurde, bei der zweiten Lesung zu den annehmbareren avancieren und an die Commission gehen wird. Die „National-liberale Correspondenz“ gibt sich sogar der Hoffnung hin, daß sich noch vorher für denselben eine annehmbare Form werden lassen. Diesen Erfolg hat also Bismarck's Rede dennoch gehabt. „Es

muß,“ sagt ein fortschrittliches Blatt mit berechtigter Bitterkeit, „um die Autorität des Chefs der auswärtigen Angelegenheiten schlecht stehen, wenn er sie nur mit dem Strafgesetze aufrechterhalten kann. In diesen Regionen sollte das ungeschriebene Gesetz viel höher stehen, als alle Strafparagraphe.“

Die Uebernahme der deutschen Privatbahnen durch das Reich wird fortwährend lebhaft discutiert, obgleich die Frage factisch nicht auf der Tagesordnung steht. Im Bundesrathe ist die Angelegenheit wiederholt, jedoch immer nur beiläufig, zur Sprache gekommen, indessen ist man in unterrichteten Kreisen darüber im Klaren, daß die Idee an maßgebender Stelle nicht allein nicht mißfällig betrachtet wird, sondern sich sogar nicht geringer Sympathien erfreut. Die Verwirklichung ist dessen ungeachtet aber, selbst wenn alle Hindernisse nicht materieller Natur beseitigt wären, als in sehr weiter Ferne liegend anzusehen.

Wie ein pariser Correspondent der „Köln. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist Herr Thiers äußerst unzufrieden, daß England sich die Suez-Actien des Vicekönigs angeeignet hat. Er hatte in den letzten Tagen mehrere Unterredungen mit dem Fürsten Drioff, in welchen er in ihn drang, er möge alles aufbieten, damit Rußland gegen das Vorgehen Englands Einspruch erhebe. Zugleich suchte er darzuthun, daß Oesterreich in der orientalischen Frage nichts ohne die Zustimmung Rußlands thun dürfe; Frankreich werde auf Seite Rußlands und Oesterreichs stehen, und England, das höchstens auf Deutschland zählen kann, werde dann machtlos sein. Seit 1840, wo Thiers ganz Europa gegenüber, Partei für Egypten ergriff, betrachtete er dieses als eine Art von französischem Annex; daß England Hand auf dasselbe gelegt habe, „berührt ihn kaum minder schmerzlich, als der Verlust von Elsaß-Lothringen.“

Die Nachricht der „Ball Mall Gazette“, daß seitens des englischen Kriegsministeriums eine Mobilisierung der Armee beabsichtigt werde, bedeutet, nach Meldung der „Köln. Zeitung“, nur die Anordnung eines Manövers für das ganze Heer, indem man sehen wolle, wie schnell und in welcher Weise dasselbe schlagfertig zur Stelle sein könne. Bisher habe sich der englische Generalstab mit solchen Dingen wenig zu schaffen gemacht und werde auf eine mühevollen Probe gestellt werden. In London wird die Mobilisierung viel besprochen und trotz der zugegebenen Unreife und Mangelhaftigkeit als erster sichtbarer Fortschritt begrüßt, namentlich weil sie viele bisher ungeachtete Fehler aufdecken muß und weitere Fortschritte verspreche.

In Centralasien scheint es sehr schlimm um die Russen zu stehen. Ein petersburger Telegramm vom 5. Dezember lautet: Sämmtliche dagestianische Regimenter mit zehn Sotnien Kosaken, zehn Sotnien Tomuden Jurkomaner, zehn Bataillone Infanterie nebst zehn Geschütz- und drei Raketenbatterien von der kaukasischen Armee wurden nach Kasanowod eingeschifft, um über den Ust-Urt auf dem kürzesten Wege nach Tashkend zu marschieren.

Zur Tagesgeschichte.

— Seligsprechung Marie Antoinette's. Wie der „Janfulla“ meldet, haben mehrere französische Bischöfe, die in der letzten Zeit in Rom weilten, an den Papst das Ansuchen gerichtet, den schon längst in Aussicht gestellten Prozeß behufs Seligsprechung der unglücklichen Habsburgerin, der Königin Marie Antoinette nemlich, nun doch einmal beginnen zu lassen. Zwar waren die Jesuiten im Vatican schon bereit, auf dieses Ansuchen der Bischöfe einzugehen und jetzt gerade umso mehr, als die Wahlen in die Nationalversammlung soeben vor der Thüre stehen und man dadurch den Ultramontanen und Legitimisten Frankreichs einen guten Vorschub hätte leisten können. Indessen siegte doch die Gegenpartei, welche meinte, daß man eben dieser bevorstehenden Wahlen wegen den erwähnten Prozeß vertagen möge.

— Das metrische Maß in den Apotheken. Der Statthalter von Niederösterreich hat an das wiener Apotheker-Hauptgremium folgende Zuschrift gerichtet: „Aus

